



DSSW-Materialien

## **Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum**

Dokumentation des Werkstattgesprächs in  
Torgelow am 4. Oktober 2005

**DSSW-Materialien**

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft  
im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau  
und Raumordnung e. V.

DSSW-Materialien  
Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum  
Dokumentation des Werkstattgesprächs in Torgelow am 4. Oktober 2005  
DSSW-Materialien, Berlin 2005

Herausgeber  
(Alle Rechte vorbehalten)

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) im  
Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.  
Nollendorfplatz 3-4, 10777 Berlin  
Fon: +49-30-24-34-600, Fax: +49-30-24346015  
E-Mail: [info@dssw.de](mailto:info@dssw.de), Internet: [www.dssw.de](http://www.dssw.de)

Bearbeitung/Redaktion

Sabine Slapa  
Contextplan GbR  
Oranienstraße 140-142  
Fon: +49-30-61401744  
Fax: +40-30-61401745  
E-Mail: [s.slapa@contextplan.de](mailto:s.slapa@contextplan.de)

Bearbeitung im DSSW

Susann Liepe

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DV) mit Sitz in Berlin, Landesgruppen und Geschäftsstelle in Brüssel ist als gemeinnützig anerkannt. Die DV-GmbH ist das Projektbüro des Verbandes. Im DV arbeiten das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) und das Deutsch-Österreichische Urban-Netzwerk, finanziell getragen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und den Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Der DV ist Mitglied im Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVFWSR).

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

Ein Projekt des Deutschen Seminars für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) im Rahmen des INTERREG III B-Projekts „Vital Cities“

Moderation: Sabine Slapa, Contextplan

### Protokoll des Werkstattgesprächs in Torgelow

am 4. Oktober 2005, 13:00 bis 17.00 Uhr



## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### 1. Teilnehmer

Awolin, Tom	Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg
Baleanz, Antonia	Hochschule Neubrandenburg
Beig, Tino	Einzelhandelsverband Nord-Ost e. V., Neubrandenburg
Duch, Annekatrin	Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft, Berlin
Falck-Steffens, Christine	Amt f. Raumordnung und Landesplanung Vorpommern, Greifswald
Fichtner, Timo	Hochschule Neubrandenburg
Freitag, Klaus	Brie MEP
Glasow, Alexandra	Fachhochschule Stralsund
Gottschalk, Ralf	Stadt Torgelow
Gottschalk, Heike	Stadt Torgelow
Gutgesell, Dennis	Stadt Eggesin
Heise, Peter	Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania e. V., Löcknitz
Klüter, Helmut	Universität Greifswald
Kohlase, Birgit	Stadt Pasewalk
Liebe, Susann	Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft, Berlin
Mahlke, Benno	Stadt Pasewalk

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

Okoniewska-Kall, Henryka	Szczecin
Peeger, Marlies	Stadt Torgelow
Pruse	.....
Pysz, Magdalena	Stadt Pasewalk
Slapa, Sabine	Contextplan, Berlin
Walther, Gerd MdL	Fraktion der Linkspartei im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Worel, Gisela	Landratkreis Uecker-Randow

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### 2. Begrüßung, Bürgermeister Ralf Gottschalk

**Herr Gottschalk**, Bürgermeister der Stadt Torgelow, begrüßte die TeilnehmerInnen des Werkstattgesprächs.

### 3. Begrüßung, Susann Liepe, DSSW

**Frau Liepe**, DSSW, begrüßte die TeilnehmerInnen des Werkstattgesprächs und stellt das DSSW, insbesondere die Intention dieser Untersuchung, womit das Planungsbüro Contextplan beauftragt wurde<sup>1</sup>, vor.

### 4. Vortrag „Formelle und informelle Abstimmungsinstrumente in Grenzräumen und im Untersuchungsraum“

**Frau Slapa**, Contextplan, stellte die Herangehensweise an die Untersuchung sowie das Ziel der Werkstatt vor<sup>2</sup>.

Sie stellte als erstes die Ergebnisse der schriftlichen Befragung in allen deutschen Grenzräumen vor. Hier waren ein großes Interesse zu verzeichnen und damit verbunden auch eine große Bereitschaft zur Teilnahme an dieser Befragung.

Es konnten Erfahrungen aus den Grenzräumen:

- Deutschland-Österreich,
- Deutschland-Frankreich,
- Deutschland-Luxemburg,
- Deutschland-Niederlande und

---

<sup>1</sup> siehe auch Einführung Susann Liepe, DSSW, im Anhang

<sup>2</sup> siehe auch Power-Point-Präsentation im Anhang

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

- Deutschland-Dänemark

zusammengetragen werden.

Ausgewertet wurden:

- Art des Vorhabens,
- Einsatz von formellen Abstimmungsinstrumenten,
- Einsatz von informellen Abstimmungsinstrumenten sowie
- Probleme bei der Abstimmung.

Sie stellte weiterhin einige Ergebnisse aus den durchgeführten Telefon- und persönlichen Interviews in der ausgewählten Modellregion „Grenzraum Deutschland-Polen der EURO-REGION Pomerania“ vor:

- Aussagen zum Landesrecht,
- Abstimmungsinstrumente,
- Abstimmung bei Vorhaben,
- Abstimmung bei Einzelhandelsvorhaben, -ansiedlungen,
- Bereitschaft zur Abstimmung sowie
- Gründe einer Nicht-Abstimmung.

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### 5. Vortrag „Grenzüberschreitende Kooperation zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Wojwodschaft Westpommern“



**Frau Falk-Steffens**, Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern, Greifswald, stellte:

- die Grundlage über die gemeinsame grenzüberschreitende Arbeit,
- das Ziel der besonderen Zusammenarbeit,
- das institutionalisierte Instrument der gemeinsamen Arbeit,
- die Aufgaben der Kommission

seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern, hier des Amtes für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern, vor.

Zu den grenzüberschreitenden Projekten gehören:

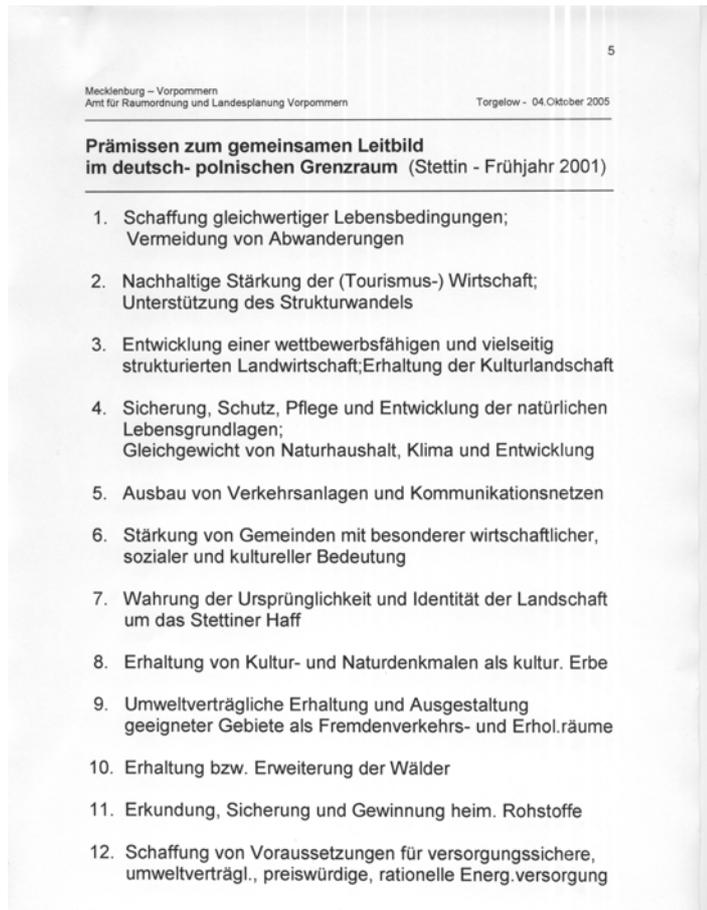
- das Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Inseln Usedom-Wollin aus dem Jahr 2000,

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

- die Raumordnerischen Anforderungen an eine Regionale Agenda - Stettiner Haff aus dem Jahr 2001,
- das Integrierte Küstenzonenmanagement – IKZM (INTERREG III B-Projekt),
- das Projekt SU Port-Net – umweltverträgliche Entwicklung der Häfen (INTERREG II C-Projekt),
- das Projekt „South Baltic Art“ (INTERREG III B-Projekt) mit einem Projektschwerpunkt „Regionale Entwicklungspläne – Strategien zur grenzüberschreitenden Regionalentwicklung sowie Transnationaler Dialog zu Maßnahmen der Regionalentwicklung“, wo integriert ein Gewerbeflächenkataster für Flächen größer als 100 ha erarbeitet wird und in dessen Rahmen auch die Entwicklung von Stettin inklusive der Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern mitbehandelt werden,
- das Projekt „Rural Development Connection“ – Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume durch Vernetzung touristischer Angebote (Projekt des BMVEL),
- das INTERREG-Projekt SEAREG zum Thema Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs durch Klimaveränderungen.

Frau Falk-Steffens stellte die 12 Prämissen zum gemeinsamen Leitbild im deutsch-polnischen Grenzraum vor:

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum



Die aktuelle Arbeit der Gemeinsamen Raumordnungs- und Arbeitsmarktkommission (GRAK) besteht in:

- der Überprüfung der Sachstände zur Landes- und Regionalentwicklung,
- der Information zu laufenden Projekten auf beiden Seiten und Verständigung zu gemeinsamer Projektarbeit zu bestimmten Themen,

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

- Mitwirkung an der Fortschreibung des Entwicklungsplans der Wojwodschaft Westpommern sowie
- der Vorbereitung der Sitzung der GRAK zum Frühjahr 2006 in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern).

Herr Prof. Dr. Helmut Klüter, Universität Greifswald, stellte in diesem Zusammenhang den neu erschienenen Wirtschafts atlas Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte vor, die die Rahmendaten und Entwicklungsmöglichkeiten über das Östliche Mecklenburg-Vorpommern präsentiert.

### 6. Vortrag „Grenzüberschreitende Kooperation zwischen der Wojwodschaft Westpommern und dem Land Mecklenburg-Vorpommern“

Trotz vielfältiger Bemühungen gelang es leider nicht einen Vertreter von der Landes- oder Kommunalplanungsebene, für einen Vortrag zu gewinnen.



**Frau Okoniewska-Krall**, Marschallamt Stettin, übernahm kurzfristig einen kurzen Input. Sie erläuterte die Zusammenarbeit zwischen der Wojewodschaft und Mecklenburg-Vorpommern auf Basis geschlossener Verträge. Im Jahre 2000 gab es einen Beschluss zur Zusammenarbeit in den Feldern:

- Kommunikation,
- Infrastruktur,
- Arbeit,

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

- Landwirtschaft,
- Kultur,
- Kleine und mittlere Unternehmen,
- Bildung und
- Soziales.
- Auf Gemeindeebene existieren Partnerverträge über die Zusammenarbeit.

### 7. Vorstellung erster Empfehlungen für den Umgang mit Ansiedlungen im Grenzraum mit Diskussion<sup>3</sup>

Die im Rahmen der durchgeführten schriftlichen Befragungen und Interviews gesammelten Empfehlungen für den Umgang mit Ansiedlungen im Grenzraum wurden vorgestellt, erörtert und mit allen Beteiligten im Hinblick auf Chancen der Umsetzung, Ergänzungen und benötigten Unterstützung für eine Umsetzung diskutiert.

#### Empfehlungen „Rechtliche Grundlagen“

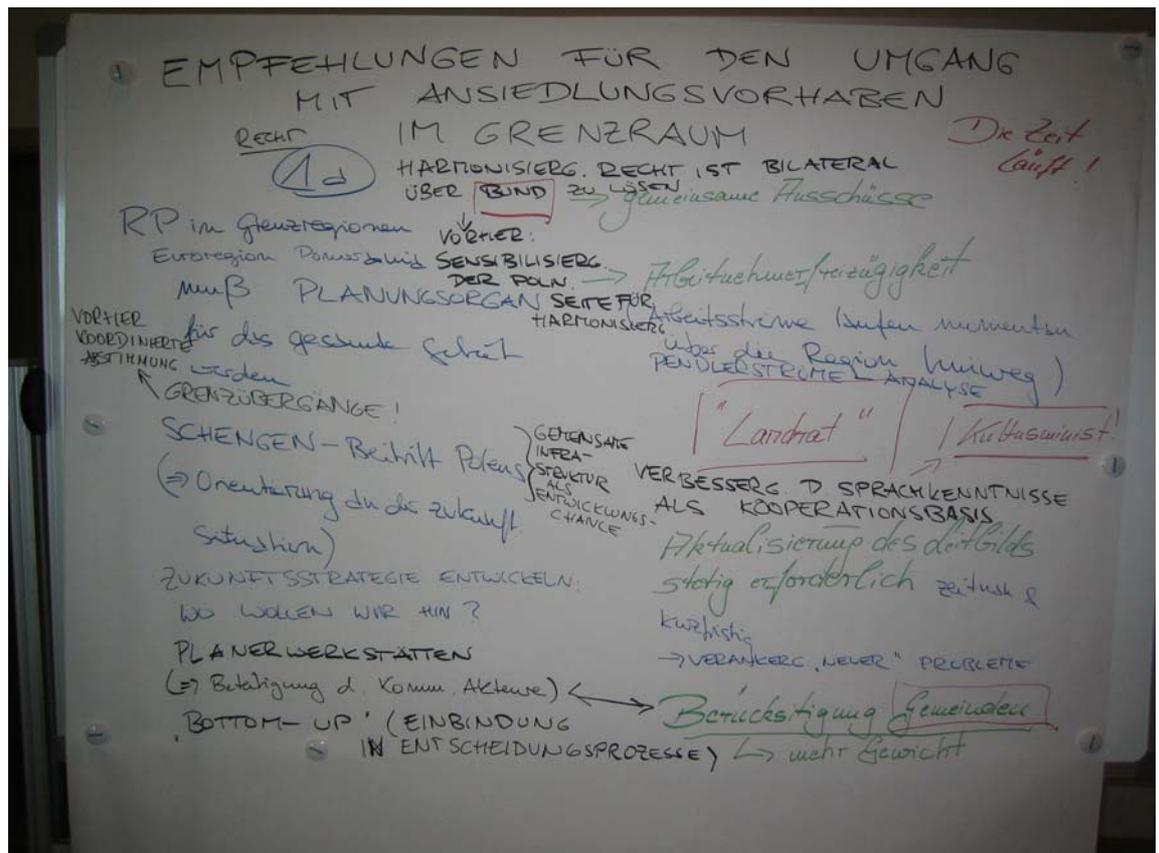
- Etablierung eines interdisziplinären Teams für eine vergleichende tatsächliche Rechtsberatung und Umsetzung zu Ansiedlungsvorhaben
- Harmonisierung der Rechts- und Verfahrensvorschriften
- Delegation von der nationalen auf die regionale bis lokale Ebene
- „Raumplanung für Grenzregionen“

---

<sup>3</sup> siehe auch Power-Point-Präsentation im Anhang

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### Diskussionsbeiträge:



Die Harmonisierung der unterschiedlichen Rechtssysteme muss bilateral über den Bund über gemeinsame Ausschüsse erfolgen. Hier ist eine große Handlungserfordernis, da die „Zeit läuft“.

Die Raumplanung für Grenzregionen wird als guter Vorschlag entgegengenommen und bestätigt.

Wichtig ist, die aufgestellten Leitbilder zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stetig und zeitnah zu aktualisieren, damit auch auf die aktuellen Situationen und Probleme Bezug

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

genommen werden kann. Verantwortlich hierfür ist die Regionalplanung und die Gemeinsame Kommission für Raumordnung und Arbeitsmarkt.

Die Zusammenarbeit der Länder Westpommern und Mecklenburg-Vorpommern muss qualitativ verbessert werden und im Ergebnis einen beschließenden Charakter erhalten.

In der Diskussion muss auch berücksichtigt werden, dass sich mit dem voraussichtlichen Fall des Schengenabkommens 2007 für Polen die wirtschaftliche Situation ändern wird. Die Problematik der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss schon heute angegangen und Lösungen gesucht werden.

Eine wichtige Voraussetzung in der weiteren Zusammenarbeit ist die Weiterentwicklung der Grenzübergänge. Denn nur mit einer entsprechenden Weiterqualifizierung kann auch der Fall des Schengenabkommens positiv genutzt werden.

Es müssen Zukunftsstrategien entwickelt werden „wo wollen wir hin“. Diese sollten in Planerwerkstätten unter Beteiligung auch kommunaler Akteure erarbeitet werden. Die Kommunen müssen im Gesamtprozess mehr Gewicht erhalten. Um dieses zu gewährleisten, ist es erforderlich, von unten eine entsprechende Lobbyarbeit zu machen, die vom Landrat getragen und entsprechend transportiert werden muss.

Ein entscheidender Faktor in der Zusammenarbeit als Kooperationsbasis ist die Verbesserung der Sprachkenntnisse. Hier ist das Kultusministerium gefordert, damit in den Schulen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden (Angebot von Polnisch als 2. Fremdsprache).

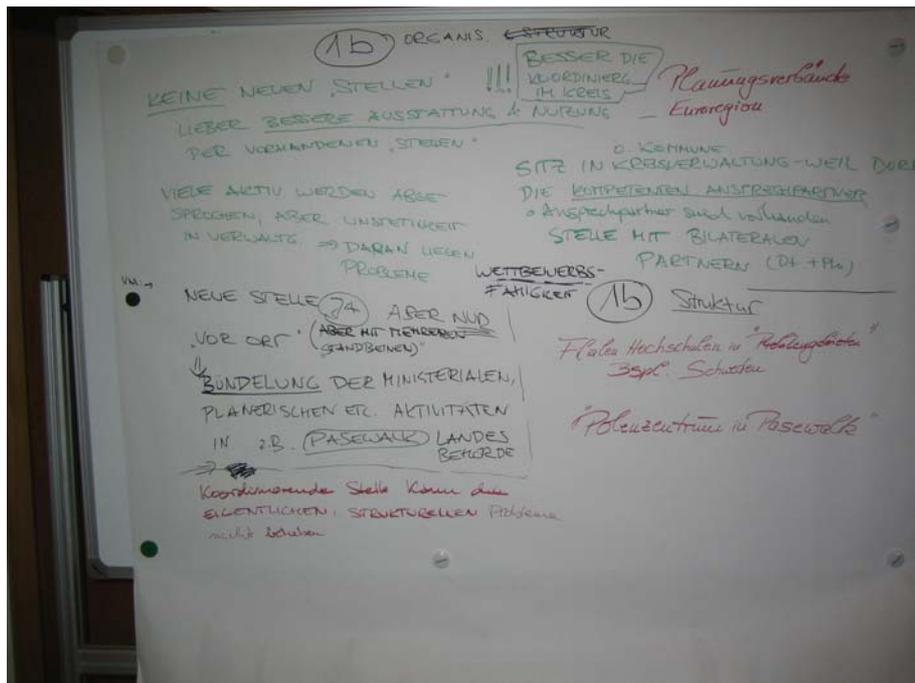
Für den Transport dieser Forderungen müssen sich der Landtag MV und die politischen Vertreter, die Stimmrecht in Brüssel haben, verantwortlich zeichnen.

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### Empfehlungen „Organisation und Struktur“

- Einrichtung einer koordinierenden Stelle - Koordinierende Stelle mit Sitz im 10 km-Radius des Grenzraumes
- Nutzung vorhandener Netzwerke für die Koordinierung, wie EUROREGIONEN verbunden mit der Gründung eines Zweckverbandes
- Steuerung über vorhandene Institutionen wie Businesscenter o. ä
- Nutzung universitärer Einrichtungen zur Dokumentation grenzüberschreitender Kooperationen
- Abstimmungsgremium an D-PL-Kontaktzentrum angliedern
- Gründung einer losen Vereinigung der Wirtschaftsförderer/Wirtschaftsförderungsgesellschaften aller Grenzstädte
- Steuerung der Abstimmungsprozesse von neutralen Dritten
- Einsatz eines/einer Europaexperten/-in [deutsch-polnisch]

### Diskussionsbeiträge:



## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

Es sollen für eine koordinierende Stelle keine neuen Strukturen geschaffen werden, sondern vorhandene genutzt und diese entsprechend besser ausgestattet werden (Know-how-Anreicherung). Die Koordinierungsaufgaben sollten im Kreis bleiben, so könnten diese auch von den Planungsverbänden übernommen werden. Hier gilt es, eine genaue Prüfung der Möglichkeiten und Zuständigkeiten vorzunehmen. So sollte der Sitz dieser koordinierenden Stelle in der Kreisverwaltung sein, dort wo die weiteren erforderlichen kompetenten Zuständigkeiten/Partner sitzen, um kurze und kompakte Wege vorzufinden. Wichtig für diese Einrichtung ist die Besetzung mit deutschen und polnischen Experten mit Sitz z. B. in Pasewalk. Bei allen Überlegungen sollte im Hinblick auf die Positionierung/Verortung der Anlaufstelle von keinem 10 km-Radius gesprochen werden, die Ansiedlung muss sich danach orientieren, wo ohnehin die Kompetenz sitzt, die Entscheidungen trifft.

Wichtig ist dabei, dass die/der polnische Kollege nicht abhängig von dem ständigen Personalwechsel in der polnischen Verwaltung ist.

Auf der anderen Seite muss beachtet werden, dass in Mecklenburg-Vorpommern Verwaltungsreformen bevorstehen, insofern kann heute noch nicht klar gesagt werden, wo die koordinierende Stelle am idealsten angesiedelt werden sollte.

Nachzudenken ist, ob nicht die Schaffung kleiner deutsch-polnischer Einheiten der gemeinsamen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dienlich sein kann.

### Empfehlungen „Schaffung von Rahmenbedingungen“

- Aufbau und Pflege von persönlichen Kontakten, Vertrauen erzeugen
- Schaffung eines gemeinsamen Problembewusstseins
- Aneignung interkultureller Kompetenz

### Diskussionsbeiträge:

Diesen Rahmenbedingungen kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Besonderes Gewicht muss auf den Abbau der Sprachbarrieren gelegt werden, sei es durch die Verbesserung des Bildungsangebotes seitens der Schulen bzw. in der jetzigen Phase durch die Be-

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

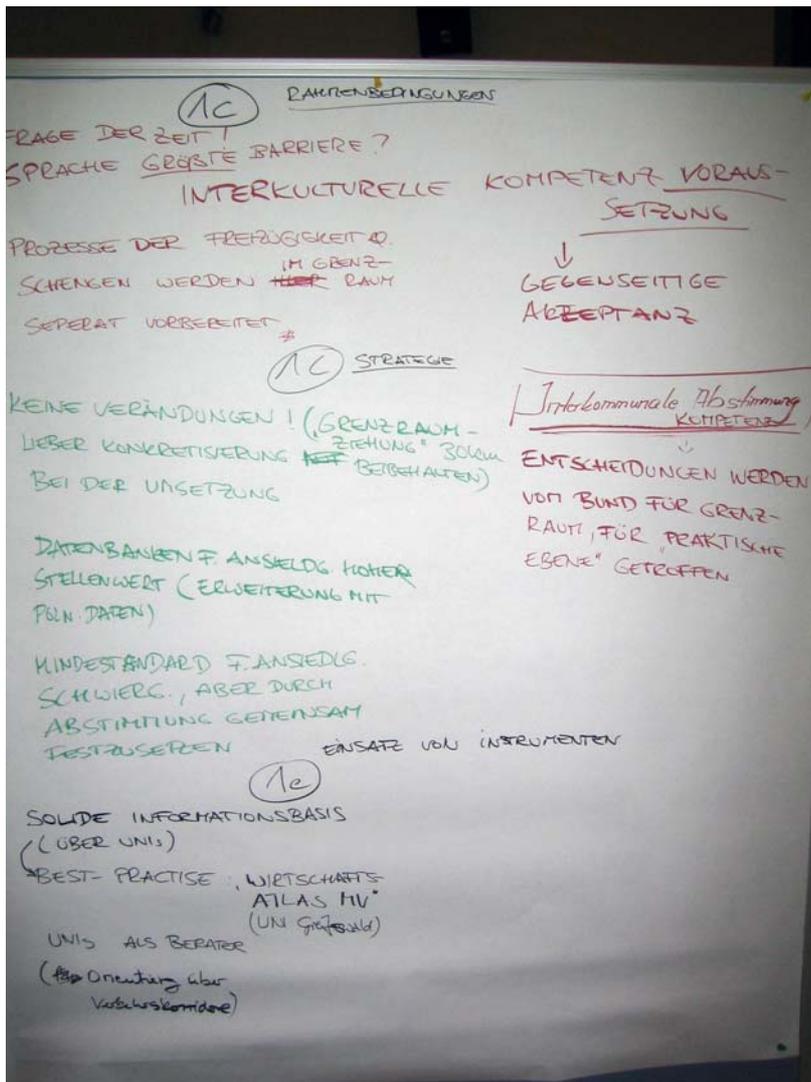
reitstellung (hier Finanzmittel) von Dolmetscherleistungen. Auch die gegenseitige Akzeptanz ist Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit.

### Empfehlungen „Strategie“

- Festlegung eines Wirkungsradius (Definition Korridor Grenzraum) von Ansiedlungen im Grenzraum – ursprünglich 30 Kilometer
- Unterstützung der Steuerung von Ansiedlungen durch den Aufbau von grenzüberschreitenden Datenbanken
- Festlegung eines Maßstabes für Raumbedeutsamkeit
- Gemeinsame Entwicklung und Abstimmung von Beurteilungskriterien
- Festlegung von Mindeststandards
- Angleichung der Investitions- und Förderbedingungen beider Länder – Aufheben der Sonderwirtschaftszonen
- Aufstellung von Leitlinien für Projektträger

## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### Diskussionsbeiträge:



## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

Es muss keine Veränderung in dem Wirkungsradius des Grenzraumes vorgenommen werden, sondern eher eine Konkretisierung bei der Umsetzung von Projekten und Vorhaben.

Datenbanken mit Daten aus dem deutschen und polnischen Raum nehmen einen sehr hohen Stellenwert bei Ansiedlungen ein – Unterstützung bei der Entscheidung.

Die Festlegung von Mindeststandards wird zunächst als schwierig angesehen, sollten aber in gemeinsamer Abstimmung erarbeitet werden, so dass ein wichtiges Entscheidungsinstrument zum Einsatz kommen könnte. Diese Mindeststandards sind jedoch langsam und auf Langfrist ausgerichtet zu entwickeln.

Der Maßstab der Raumbedeutsamkeit ist in Deutschland definiert, in Polen gibt es andere Maßstäbe und andere Bewertungskriterien, was nicht problematisch wäre, wenn eine interkommunale Abstimmung erfolgen würde. D. h. hier ist nicht der Maßstab der Raumbedeutsamkeit das wichtige Element, sondern die interkommunale Abstimmung an sich.

Generell gilt aber, dass auch hierfür die informelle Ebene der Weg ist und sein wird.

### Empfehlungen „Einsatz von Instrumenten“

- Regelmäßiger Austausch zu allen Ansiedlungsvorhaben im Grenzraum egal welcher Art
- kontinuierliches Monitoring der Auswirkungen der Ansiedlung – Berücksichtigung der Monitoringergebnisse bei weiteren Genehmigungsverfahren
- INTERREG-Projekte für die Schaffung von Strukturen auf kommunaler Ebene einsetzen

### Diskussionsbeiträge:

Das Instrument „Monitoring“ wird unterstützt. Wichtig ist hier ein breites Spektrum zu betrachten und die Multikausalität des Monitorings beizubehalten.

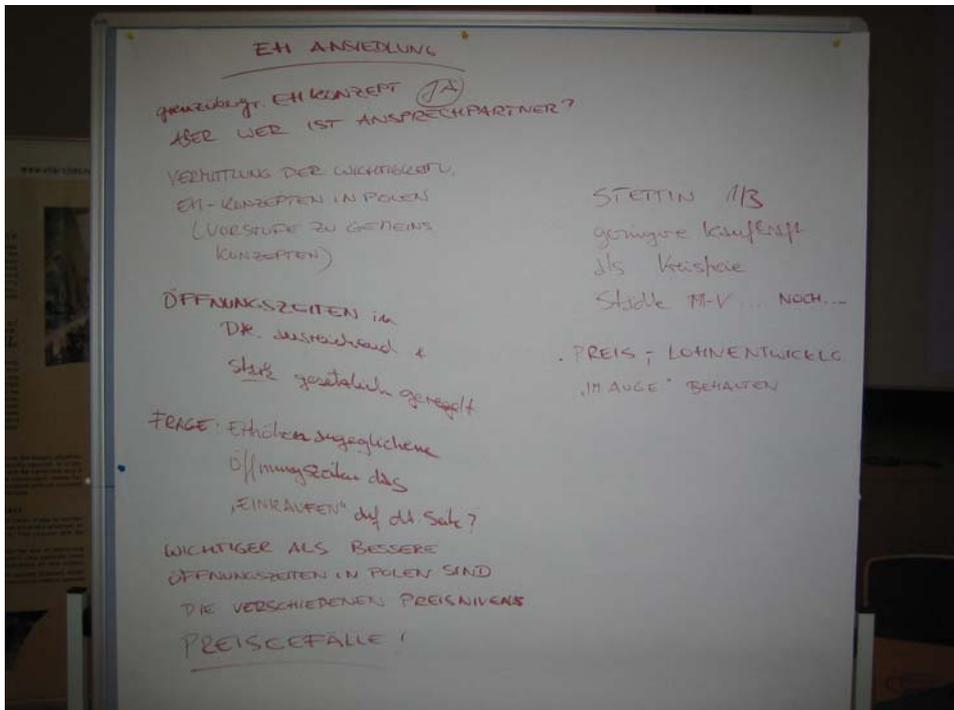
## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

Die Projekte/Studien der Universität zu dieser Thematik können und sollten stärker als solide Informationsbasis genutzt werden.

### Empfehlungen „Einzelhandelsansiedlungen - Rahmenbedingungen“

- Schaffung von einer Basis, die der zentralörtlichen Gliederung von Deutschland entspricht – z. B. muss Stettin mit seiner Funktion Oberzentrum anerkannt werden – Einteilung von Standorten im Hinblick auf deren zentralörtlichen Funktion
- Erarbeitung von grenzüberschreitenden Einzelhandelskonzepten
- Untersuchung der Relevanz von vorhandenen Einzelhandelsansiedlungen
- Abschätzung der Verkaufstätigkeit einer Einzelhandelsansiedlung

### Diskussionsbeiträge:



## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

Grenzüberschreitende Einzelhandelskonzepte werden als sehr wichtig erachtet. Fraglich ist hier nur, wer der Ansprechpartner für die Realisierung dieser Forderung sein kann. Insbesondere in Polen muss versucht werden, die Wichtigkeit einer Abstimmung und der Erstellung von vorausschauenden Konzepten für eine gesunde Gesamtentwicklung zu verdeutlichen.

Das Problem der Discounter wird in den Innenstädten von Polen zukünftig auch eine Rolle spielen.

Wie man dem Problem der unterschiedlichen Öffnungszeiten beider Länder entgegenzutreten kann, ist und bleibt ungeklärt. Es ist erwiesen, dass veränderte Öffnungszeiten in Deutschland nicht zu mehr Umsatz und Beschäftigung führen. Entscheidender sind hier die verschiedenen Preisniveaus von Warengruppen. Das Preis- und Lohngefälle muss im Auge behalten werden, um bei Bedarf entsprechend darauf zu reagieren. Momentan hat Stettin 1/3 weniger an Kaufkraft als die kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern.



## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

### 8. Schlussfolgerungen

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass die größte Barriere der Zusammenarbeit in den fehlenden persönlichen Kontakten und Sprachkompetenz liegt. Hier muss eine Absicherung stattfinden, indem genügend Finanzmittel für Dolmetscherleistungen zur Verfügung gestellt werden.

Weiterhin sollte das Kultusministerium dafür Sorge tragen, dass zukünftig die Möglichkeit besteht, die Nachbarsprache in der Schule zu erlernen.

Für die Koordinierung der grenzüberschreitenden Arbeit sollte auf keinen Fall eine neue Struktur geschaffen werden, sondern vorhandene Strukturen sollten diese Aufgaben, ausgestattet mit mehr Kompetenz, übernehmen.

Instrumente, wie Einzelhandelskonzepte, Datenbanken u. ä., sollten entsprechend für eine Steuerung von Ansiedlungen zum Einsatz kommen. Hierfür gilt es, weitere Wege zu finden, die diese Forderungen in die Tat umsetzen.

Ein Monitoringverfahren kann insgesamt zur gesteuerten Ansiedlung beitragen, indem die Auswirkungen kontinuierlich erfasst, ausgewertet und entsprechend für weitere Ansiedlungen genutzt werden.

Für eine mögliche Harmonisierung der unterschiedlichen Rechtssysteme muss sich der Bund verantwortlich zeichnen und auf dieser Ebene Wege der Angleichung finden.

### 9. Schlussworte

Frau Liepe und Frau Slapa bedankten sich für die rege Beteiligung an der Diskussion und sagten zu, nicht nur die Dokumentation des Werkstattgespräches, sondern auch die Studie selbst, in der dieses Gespräch eingebettet war, den TeilnehmerInnen zur Verfügung zu stellen.



## Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum Begrüßung und Einführung in das Thema

Susann Liepe, Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW)

## **Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum**

### **Begrüßung und Einführung in das Thema**

Susann Liepe

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW)

Seit mehr als 10 Jahren beschäftigt sich das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) mit der Steuerung von Ansiedlungen großflächiger Einzelhandelseinrichtungen in Ostdeutschland. Auslöser – auch für die Gründung unserer Institution - war die markante Entwicklung auf der grünen Wiese nach der Wiedervereinigung. Großflächige Einzelhandelszentren und -agglomerationen schossen wie Pilze aus dem Boden. Leider nicht an integrierten Standorten, sondern außerhalb der Innenstadt und gewachsener Standorte. Um diesem Trend entgegenzusteuern, wurde das DSSW 1993 von der Bundesregierung und der Deutschen Wirtschaft gegründet und seitdem für Projekte zur Innenstadtentwicklung vom Bundeswirtschaftsministerium finanziert.

Die eben skizzierte Entwicklung hatte nicht nur Auswirkungen auf die zentralen innerstädtischen Versorgungsbereiche, sondern auch auf die Städte, Regionen und Unternehmen der Umlandgemeinden. Seit Jahren werden deshalb seitens der Bundes- und Landesregierungen sowie der Kommunen Anstrengungen unternommen, diese Fehlentwicklungen mit Innenstadt- und regionalen Förderprojekten auszugleichen. Dieser Weg ist steinig, teilweise schwer begehbar, aber er hat zum größten Teil in die richtige Richtung geführt. Der Trend geht zurück in die Innenstadt!

Der Bereich der interkommunalen (und interregionalen) Abstimmung dagegen gestaltet sich immer noch schwierig. Zwar sind in Deutschland mit der Novellierung des Baugesetzbuches erste Weichen für eine nachhaltigere Einzelhandelsansiedlung gestellt worden. Der Praxistest steht allerdings noch aus.

Noch schwieriger wird die Thematik bei grenzüberschreitenden Abstimmungen bzgl. der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsansiedlungen, die Einzugsgebiete dies- und jenseits der Grenzen haben. Im Zuge der EU-Osterweiterung machen die Kundenströme weder in der einen noch in der anderen Richtung an der Grenze halt. Die Kunden kaufen dort, wo das Angebot entsprechend ist, sei es weil es preislich oder qualitativ attraktiv ist.

**DSSW**



Deutsches Seminar  
für Städtebau und Wirtschaft

German Institute  
for Town Center Development

Nollendorfplatz 3-4  
10777 Berlin

Phone +49.30.24 34 60 0  
Fax +49.30.24 34 60 15

E-Mail  
info@dssw.de

Internet  
www.dssw.de

## **Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum**

### **Begrüßung und Einführung in das Thema**

Susann Liepe

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW)

Die Problematik ist in Deutschland nicht erst seit der EU-Osterweiterung bekannt. Unsere Institution hat sich vor einigen Jahren mit ähnlicher Problemlage im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum beschäftigt. Fokus war die Erarbeitung von grenzüberschreitenden Abstimmungsinstrumenten, um die zielgerichtete Entwicklung eines Raumes zu gewährleisten. Allen Seiten war klar, dass es in einem Konkurrenzkampf um den Kunden keinen Gewinner geben wird. Als wichtig wurde und wird die Profilierung als EINE gemeinsame Region, natürlich dort, wo es sich räumlich anbietet, gesehen. Das Denken in Grenzen ist in diesem Fall hinderlich. Es gilt, gemeinsam Stärken und Schwächen der Region herauszuarbeiten. Jede Teilregion profiliert sich im Sinne einer Aufgabenteilung mit ihren Stärken. Das hat nicht nur den Vorteil, dass es für alle eine WIN-WIN-Situation geben kann, sondern auch, dass Schwächen einzelner Teilregionen ausgeglichen werden können, wenn man sich als ein gemeinsamer Raum versteht.

Dass sich diese Abstimmung schwierig gestaltet, ist nicht schwer vorstellbar. Neben sprachlichen Barrieren gibt es vor allem die Unterschiede in der Raumplanung und –ordnung sowie in den zuständigen Genehmigungsinstanzen der Staaten. Trotzdem ist das aus unserer Sicht ein Weg, den es sich lohnt einzuschlagen.

Aus diesem Grund sind wir auch hier. Wir – das DSSW – haben im Rahmen des Interreg-Projektes „Vital Cities“, welches die polyzentrischen Stadtstrukturen und die Regionalentwicklung im CADSES-Raum stärken soll, mit diesem Thema beschäftigt. Leadpartner des Projektes ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg. Wir wollen uns heute u. a. mit folgenden Fragen beschäftigen:

Welche Erfahrungen gibt es mit Einzelhandelsansiedlungen im Grenzraum? Finden Planungs- und Abstimmungsprozesse von großflächigen Einzelhandelsansiedlungen statt und wenn ja, wie? Wird eine Steuerung für erforderlich betrachtet? Welche formellen und informellen Abstimmungsverfahren kommen zum Tragen? Kennen sich die verantwortlichen Akteure und kooperieren sie miteinander? Kann aus den Erfahrungen gelernt werden? Welche Empfehlungen können gegeben werden?

**DSSW**



Deutsches Seminar  
für Städtebau und Wirtschaft

German Institute  
for Town Center Development

Nollendorfplatz 3-4  
10777 Berlin

Phone +49.30.24 34 60 0  
Fax +49.30.24 34 60 15

E-Mail  
info@dssw.de

Internet  
www.dssw.de

## **Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum Begrüßung und Einführung in das Thema**

Susann Liepe

Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW)

Ziel unseres heutigen Tages soll es nicht nur sein, Informationen über den bisherigen Stand der Abstimmung mitzunehmen, sondern auch Akteure für eine länderübergreifende Zusammenarbeit zu sensibilisieren und zu gewinnen.

Das Büro Contextplan Berlin, welches im Auftrag des DSSW sich im deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzraum die bisherige Entwicklung und Abstimmung untersucht hat, wird nun erste Ergebnisse vorstellen.

**DSSW**



Deutsches Seminar  
für Städtebau und Wirtschaft

German Institute  
for Town Center Development

Nollendorfplatz 3-4  
10777 Berlin

Phone +49.30.24 34 60 0  
Fax +49.30.24 34 60 15

E-Mail  
info@dssw.de

Internet  
www.dssw.de



## Formelle und informelle Abstimmungsinstrumente in Grenzräumen und im Untersuchungsraum

Sabine Slapa, Contextplan

# Regionale Abstimmung von Standortentwicklung im Grenzraum

## Werkstattgespräch

am 4. Oktober 2005 in Torgelow





1. Begrüßung, BM Ralf Gottschalk, Stadt Torgelow
2. Begrüßung und Einführung durch das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW)
3. Formelle und informelle Abstimmungsinstrumente bei der Ansiedlung in Grenzräumen und im Untersuchungsraum
4. Fachvortrag: Grenzüberschreitende Kooperation zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern
5. Empfehlungen für den Umgang mit Einzelhandelsansiedlungen im Grenzraum
6. Diskussion
7. Zusammenfassung und Schlusswort



# Begrüßung und Einführung

Begrüßung durch Bürgermeister Ralf Gottschalk, Stadt Torgelow

Begrüßung und Einführung durch das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW), Susann Liepe, DSSW



# Formelle und informelle Abstimmungsinstrumente

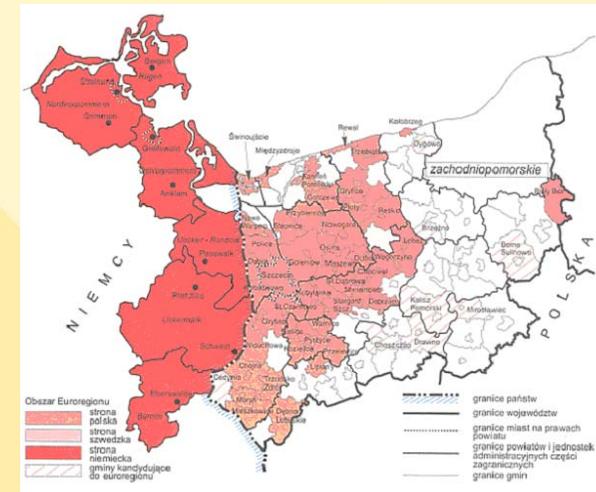
Formelle und informelle Abstimmungsinstrumente bei der Ansiedlung in  
Grenzräumen und im Untersuchungsraum

Sabine Slapa, Contextplan



# Herangehensweise an die Untersuchung

- Literaturrecherche
- Festlegung von drei Untersuchungsräumen
- Befragung
- Telefoninterviews
- Persönliche Interviews / Werkstätten
- Auswertung
- Durchführung von Werkstattgesprächen





## Ziel der Werkstätten

- Präsentation der Ergebnisse
- Fachvorträge zum Thema „Grenzüberschreitende Kooperation“
- Vorstellung erster Empfehlungen für Einzelhandelsansiedlungen
- Diskussion über die Chancen der Umsetzung der Empfehlungen und Ergänzung mit weiteren Ideen
- Interessenabfrage bei den Akteuren nach einer weiteren Bearbeitung der Thematik im Rahmen von Netzwerken o. ä. Formen



## Erfahrungen aus anderen Grenzräumen

- Grenzräume: Deutschland-Österreich  
Deutschland-Frankreich  
Deutschland-Luxemburg  
Deutschland-Niederlande  
Deutschland-Dänemark
- Art der Vorhaben: Einzelhandelsansiedlungen > 20.000 m<sup>2</sup>  
Logistikansiedlungen  
Dienstleistungsparks  
Verbrauchermärkte  
Möbelmärkte  
Grenzüberschreitende Gewerbeparks  
Produktionsbetriebe  
Siedlungsneuentstehung



# Formelle und informelle Abstimmungsinstrumenten

- Einsatz von formellen Abstimmungsinstrumenten:
  - Raumordnungsverfahren
  - Regionalplanung
  - Gegenseitige Unterrichtung auf Regierungsebene
  - Bebauungs- und Entwicklungsplans in Zusammenarbeit mit Brüssel unter Schaffung neuer europäischer Gesetze
- Einsatz von informellen Abstimmungsinstrumenten:
  - Koordinierungsrunden, Lenkungsgruppen, Arbeitsgruppen
  - Moderations- und Erörterungsrunden
  - Vereinbarungen
  - Regelmäßige Information in grenzüberschreitenden Gremien
  - Grenzüberschreitender örtlicher Zweckverbandes nach den „Karlsruher Abkommen“
  - Grenzüberschreitende Kommission „Weißenburger Appell“
  - Länderübergreifende Standortvereinbarungen
  - Grenzüberschreitende Gutachten
  - Gute persönliche Zusammenarbeit**



## Probleme bei der Abstimmung

- Unterschiedliche Rechtsgrundlagen – Abstimmung, Beteiligungsverfahren rechtlich nicht verankert
- Großflächige Einzelhandelsansiedlungen werden nicht als umweltrelevante Vorhaben gewertet – daher auch keine Beteiligung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung
- keine Einbindung der kommunalen Partner – öffentliche Auslegung des Vorhabens nur in der Standortgemeinde



## Auswertung der Interviews

- Planungsebene von EU, Ministerialebene (Staatskanzlei), Regionalebene (Regionale Planungsverbände, Marschallamt) über die Kreisebene bis zur kommunalen Ebene
- Handelskammern
- EUROREGION
- Kommunen
- Experten



## Aussagen zum Landesrecht

- Beteiligung des Nachbarstaaten laut Polnisches Gesetz über Raumbewirtschaftung **nein**
- Beteiligung des Nachbarstaaten laut Deutschem Raumordnungsgesetz **ja**
- Umweltverträglichkeitsprüfung in Polen geben nur Prognosen zu Umweltauswirkungen an
- eine Auslegung von deutschen Planwerken in Polen ist rechtlich verankert, von polnischen Planwerken geschieht dies auf freiwilliger Basis
- Länder in D (Entscheidungskompetenz) = Wojewodschaften in PI (keine Entscheidungskompetenz)
- Gemeinden in D keine rechtliche Zuständigkeit = Gemeinden in PI haben Planungshoheit



## Abstimmungsinstrumente

- D-PI-Regierungskommission – D-PI-Raumordnungskommission
- Abkommen der Zusammenarbeit von 91 und Kooperationsvertrag aus dem Jahr 2000 zwischen MV und Westpommern
- in den Jahren 94 – 95 erarbeitete Leitbilder, die 2005 noch überarbeitet werden sollen
- seit 95 Fachkommission Arbeit und Raumordnung – Expertengruppe MV-Westpommern (Entwicklung von gemeinsamen Konzepten, Beratung über Vorhaben im Grenzraum)
- AG Raumordnung Brandenburg-Westpommern
- 97 Erstellung einer gemeinsamen Karte des Grenzraumes (Inhalt: Straßen- und Verkehrswege, Konversionsflächen, kulturelle Infrastruktur, zentrale Orte, Wirtschaftsstandorte und Gewerbegebiete über 20 ha)
- INTERREG-Programme
- diverse Vorhaben bezogenen AG D-PI – Bündelung der Ergebnisse in den Staatskanzleien
- gemeinsamer Lenkungsausschuss der POMERANIA
- Wirtschaftsförderungskreis – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung
- „Haus der Wirtschaft“ in Stettin - Wirtschaftskreis



## Abstimmung bei Vorhaben

- im Rahmen von Vorhaben bezogenen temporären Arbeitsgruppen
- wenn integriert in INTERREG-Projekten
- nur wenn Fördermittel in Anspruch genommen werden – in Schwerin Begleitausschuss
- im Rahmen kleinräumlicher Konzepte (Wollin–Usedom)



## Abstimmung bei Einzelhandels-Vorhaben

- fand bislang nicht in den Leitbildern und der gemeinsam erarbeiteten Karte Beachtung,
- bislang nicht für erforderlich erachtet (Stettin Oberzentrum – kein Pendant)
- Investitionen im großflächigen Einzelhandel gehen in PI auf das eigene Risiko des Investors – kein Abstimmungsbedarf seitens der polnischen Behörden
- im Kleineren im Rahmen von Strukturkonzepten (Wollin/Usedom) mit berücksichtigt
- in den deutschen Städten liegen Einzelhandelskonzepte vor – ohne Auswirkungen auf Grenzraum
- Zusammenarbeit zwischen bestehenden Einzelhandelseinrichtungen





## Bereitschaft zur Abstimmung

- ist vorhanden!
- in MV und Westpommern liegen eine ähnlich schwache Struktur / ländliche Region / schwache Besiedelung vor, so dass die Konkurrenz sinkt und das Abstimmungsinteresse steigt



## Gründe einer Nicht-Abstimmung

- Schneller personeller Wechsel in Polen
- Sprachbarrieren
- Unterschiedliche Rechtssysteme – unterschiedliche planerische Begrifflichkeiten
- Unterschiedliche Zuständigkeiten und Kompetenzen
- Abhängigkeit der Wojewodschaft von der Staatsregierung in Warschau
- Konkurrenz



# Deutsch-polnische Kooperation

Fachvortrag:

Grenzüberschreitende Kooperation zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern



# Einzelhandelsansiedlungen im Grenzraum

Empfehlungen für den Umgang mit Einzelhandelsansiedlungen im Grenzraum

Contextplan



- Wie sehen Sie vor Ort die Chancen für die Umsetzung der genannten Empfehlungen?
- Welche weiteren Hinweise haben Sie?
- Wo benötigen Sie Unterstützung?

Moderation: Contextplan



**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit  
und Ihre Anregungen!**



# Empfehlungen für den Umgang mit Ansiedlungen im Grenzraum

Sabine Slapa, Contextplan

Regionale Abstimmung von  
Standortentwicklung im  
Grenzraum

## Empfehlungen für den Umgang mit Ansiedlungsvorhaben im Grenzraum





- Etablierung eines interdisziplinären Teams für eine vergleichende tatsächliche Rechtsberatung und Umsetzung zu Ansiedlungsvorhaben (bereits beim Ministerium angemahnt)
- Harmonisierung der Rechts- und Verfahrensvorschriften
- Delegation von der nationalen auf die regionale bis lokale Ebene
- „Raumplanung für Grenzregionen“
  
- Angleichung der Investitions- und Förderbedingungen beider Länder  
- Aufheben der Sonderwirtschaftszonen



- Etablierung einer gemeinsamen Kommunikationsplattform - Koordinierende Gesprächsrunden
- Einrichtung einer koordinierenden Stelle - Koordinierende Stelle mit Sitz im 10 km-Radius des Grenzraumes
- Nutzung vorhandener Netzwerke für die Koordinierung, wie EUROREGIONEN verbunden mit der Gründung eines Zweckverbandes
  - Steuerung über vorhandene Institutionen wie Businesscenter o. ä
  - Nutzung universitärer Einrichtungen
  - Abstimmungsgremium an D-PI angliedern



- Gründung einer losen Vereinigung der Wirtschaftsförderer/Wirtschaftsförderungsgesellschaften aller Grenzstädte
- Steuerung der Abstimmungsprozesse von neutralen Dritten
- Einsatz eines/einer Europaexperten/-in



# Voraussetzungen

- Aufbau und Pflege von persönlichen Kontakten, Vertrauen erzeugen
- Schaffung eines gemeinsamen Problembewusstseins
- Aneignung interkultureller Kompetenz



- Festlegung eines Wirkungsradius (Definition Korridor Grenzraum) von Ansiedlungen im Grenzraum – ursprünglich 30 Kilometer
- Festlegung eines Maßstabes für Raumbedeutsamkeit
- Gemeinsame Entwicklung und Abstimmung von Beurteilungskriterien
- Festlegung von Mindeststandards
- Abschätzung von Verkaufstätigkeit des Vorhabens – Berechnung einer zu erwartenden Kaufkraftumlenkung



## Einsatz von Instrumenten

- INTERREG-Projekte für die Schaffung von Strukturen auf kommunaler Ebene einsetzen
- Erarbeitung von grenzüberschreitenden Einzelhandelskonzepten, die regionalbedeutsame Einzelhandelseinrichtungen einbeziehen
- regelmäßiger Austausch zu allen Ansiedlungsvorhaben im Grenzraum egal welcher Art
- Unterstützung der Steuerung von Ansiedlungen durch den Aufbau einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Datenbasis - Datenbank (Bevölkerungsentwicklung, Flächenpool, Einzelhandelsbestand und –bedarf, „Versorgungslücken“) – kontinuierliche Fortschreibung
- kontinuierliches Monitoring der Auswirkungen der Ansiedlung – Berücksichtigung der Monitoringergebnisse bei weiteren Genehmigungsverfahren



## Vorgehensweise Vorhaben bezogen

- frühzeitige Bildung von Arbeitsgruppen unter Beteiligung der betroffenen Länder zur Begleitung des Vorhabens
- eigenes Anhörungsverfahren im Nachbarland „unter Einstellung der dafür erforderlichen Kosten“



## Diskussion

Wir erwarten Ihre Fragen und Anregungen!